

Disruption und Reform

Partnerschaften statt Einflusssphären

Axel Berger & Anna-Katharina Hornidge

German Institute of Development and Sustainability (IDOS)



Bonn, 12. Januar 2026. **Unverhohlene Machtpolitik lässt die multilaterale Ordnung bröckeln. Europa muss strategische Autonomie ausbauen und die Kooperation mit Mittelmächten stärken.**

Das neue Jahr beginnt mit einem Donner Schlag: einem völkerrechtswidrigen Eingriff in die staatliche Souveränität Venezuelas und der Entführung des autokratisch regierenden Präsidenten Maduro. Während die Zukunft Venezuelas offen ist, inszenieren sich die USA geopolitisch: Die auf internationalem Recht und gemeinsamen Prinzipien basierende multilaterale Ordnung bröckelt weiter. Das Denken in Machtsphären wird immer unverhohlener durchgesetzt. Russlands Invasion der Ukraine, Chinas Machtprojektionen im Südchinesischen Meer und nun das Vorgehen der USA in Venezuela zeigen: Machtpolitik verdrängt Recht. Währenddessen ringen Mittelmächte wie Deutschland und die Europäische Union (EU) um eine gemeinsame Haltung.

Schon im vergangenen Jahr waren die multilateralen Systeme so stark unter Druck wie selten zuvor. Die Vereinten Nationen (VN) befinden sich in einem tiefgreifenden Reformprozess. Massive Budgetkürzungen erzwingen institutionelle Veränderungen. Das OECD-Entwicklungssystem steckt in einer tiefen Krise – aufgrund finanzieller Einschnitte vieler Geberländer und asymmetrischer Geber-Nehmer-Attitüden, die den gegenseitigen Abhängigkeiten des 21. Jahrhunderts nicht mehr entsprechen. Während die Folgen des Klimawandels immer deutlicher zutage treten, hat die Klimakonferenz in Brasilien infolge unzureichender Handlungsbereitschaft der wichtigsten Emittenten nicht die erhofften Fortschritte gebracht. Auch das Welthandelssystem steht unter erheblichem Druck: Von den USA ausgelöste Zollkriege treffen auf anhaltenden Reformstau innerhalb der Welthandelsorganisation. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Strategische Autonomie braucht verlässliche Partnerschaften

Gleichzeitig sind die Akteure im internationalen System erkennbar, die – neben Europa und Deutschland – weiterhin auf Kooperation und funktionsfähige multilaterale Systeme setzen. Im Rahmen seiner Präsidentschaft der letztjährigen Klimakonferenz setzte sich Brasilien für eine ambitionierte Klimapolitik ein. Südafrika legte während seiner G20-Präsidentschaft den Schwerpunkt auf Lösungsansätze für Schulden, Ernährungssicherheit und Klimafinanzierung. Auch Indonesien und Indien engagierten sich im Rahmen ihrer jeweiligen G20-Präsidentschaften in den vergangenen Jahren für eine entwicklungsorientierte und kooperative internationale Ordnung.

„Das Jahr 2026 wird von Disruption und Reform geprägt sein. Für Europa bedeutet dies, die eigene strategische Autonomie auszubauen und sich unabhängiger zu machen.“

Und Europa? Die verhaltenen Reaktionen auf den US-Angriff auf Venezuela machen deutlich, wie stark Europa weiterhin von den USA abhängig ist. Dies umfasst seine Verteidigungsfähigkeit gegenüber Russland in der Ukraine ebenso wie mögliche künftige Auseinandersetzungen (Beispiel: Grönland).

Das Jahr 2026 wird von Disruption und Reform geprägt sein. Für Europa, die EU und Deutschland bedeutet dies, die eigene strategische Autonomie auszubauen und sich unabhängiger zu machen – von den USA wie auch von China.

Dies setzt voraus, die Kooperation mit den Mittelmächten Lateinamerikas, Afrikas und Asiens gezielt auszubauen. Der Abschluss des Handelsabkommens mit

MERCOSUR war längst überfällig. Die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation im März 2026 in Kamerun sollte die EU nutzen, um umfassende Reformen im Welthandelssystem mit auf den Weg zu bringen und hierüber auch die Kritik von Ländern wie Südafrika und Indien zu adressieren.

Mit geeinter Stimme handeln

Ein entscheidender Hebel für die Handlungsfähigkeit Europas ist der neue Mehrjährige Finanzrahmen sowie das darin vorgeschlagene Global Europe Instrument. Die laufenden Verhandlungen sollten genutzt werden, um Europas Wettbewerbsfähigkeit durch Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung zu stärken, externe Handlungsfähigkeit kohärent zu unterstützen und langfristige Investitionen in globale öffentliche Güter zu sichern.

Gleichzeitig muss Europa Wege finden, in internationalen Gremien mit geeinter Stimme zu sprechen. Die Mitgliedstaaten der EU – auch in Kooperation mit Großbritannien – sollten ihre institutionellen Rollen in multilateralen Systemen stärker nutzen, z.B. durch die Erhöhung der Kernfinanzierungsbeiträge im VN-System, als Anteilseignerin in multilateralen Entwicklungsbanken und durch gemeinsame europäische Sitze oder *Team Europe*-Stimmrechtsgruppen.

Deutschland muss Impulse setzen

Der G7 unter französischer Präsidentschaft kommt in 2026 eine wichtige Rolle zu, insbesondere angesichts der blockierten Lage in der G20 unter US-Präsidentschaft. Hier sollten die vier europäischen G7-Länder, gemeinsam mit EU, Afrikanischer Union und den Mittelmächten des Südens – auch gegen den Widerstand der USA – Reformimpulse setzen, um weltwirtschaftliche Ungleichgewichte, wie in Finanz- und Digitalisierungssystemen, abzubauen.

Als größte Volkswirtschaft im Zentrum Europas muss sich Deutschland mit eigenen Impulsen – vom Schutz globaler Gemeingüter, über Wirtschaftskooperation im wechselseitigen Interesse bis hin zur Stärkung der EU als globaler Akteur – in die vielfältigen internationalen Reformprozesse einbringen. Mit der Münchner Sicherheitskonferenz, der Hamburg Sustainability Conference oder der angekündigten Nord-Süd-Kommission hat Deutschland Plattformen, um auf die Mittelmächte dieser Welt zuzugehen.

Auch verfügt Deutschland mit seiner Tradition der kooperativen Politikgestaltung über Glaubwürdigkeit, die in einer zunehmend multipolaren Welt Grundlage einer gestaltenden Kooperationspolitik ist. Die laufenden Reformen der deutschen Entwicklungs- und Außenpolitik sollten an diese Ressource anknüpfen und sie konsequent als strategisches Kooperationsinstrument weiterentwickeln.